



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden 50
Raum 2.015

☎ (030) 227.737 50

📠 (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

📠 (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert.wk@bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 20.5.2017

Rede auf der Landesvertreter*innenversammlung der Berliner SPD am 20. Mai 2017 im Berliner Estrel

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

bei der Bundestagswahl am 24. September geht es um´s Eingemachte: Wir werden kämpfen und wir werden den Merkel'schen Mehltau überwinden. Die Bürgerinnen und Bürger, die Berlinerinnen und Berliner wollen einen klaren gesellschaftlichen Politikentwurf, der es verdient, dass wir sagen: Wir gestalten Politik - mutig, geradeaus und gerecht.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen Politik machen, wollen sich einmischen und wollen gestalten. Das haben die vielen Parteieintritte in die SPD in den letzten Monaten deutlich gemacht - und auch die neuen Genoss*innen sind sehr engagiert. Dafür mein herzlicher Dank.

Bürgerinnen und Bürger gehen auf die Straße und haben die SPD, haben mich und euch **mit klarer Haltung an ihrer Seite:**

- im Kampf gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Nationalismus,
- im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung,
- für gleiche Rechte für die LGBTTI*Community, das heißt: ich stehe ein für die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht,
- für gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen bei der Wahl ihres Wohnortes, bei einer Arbeitsaufnahme und auch beim Wahlrecht. Es ist ein Skandal, dass wir in Deutschland noch kein inklusives Wahlrecht haben, dass wir über 84.000 Menschen pauschal vom Bürgerrecht zu wählen und gewählt zu werden, ausschließen.

Zusammen mit den vielen Engagierten, die gegen ihre Diskriminierung ankämpfen, werden wir Sozialdemokrat*innen das ändern!

„Zeit für mehr Gerechtigkeit“ hat die Menschen mobilisiert – und das schaffen wir in den vielen persönlichen Gesprächen auch weiterhin

- **mit einem klaren Bekenntnis zu einem sozialen Europa**, welches insbesondere die Geißel Jugendarbeitslosigkeit ins Visier nimmt,
- **mit einem eindeutigen Bekenntnis zu einem starken Staat**, der die Menschen insbesondere durch eine gebührenfreie Bildung und hohe Investitionen in die Bildungsinfrastruktur von der Kita bis zum Berufsabschluss befähigt, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Wir überzeugen, weil wir sagen „Gemeinwohl statt Rüstung“. Die von der Union angestrebte Aufrüstungslogik macht die SPD nicht mit. Die zwei Prozent höheren Verteidigungsausgaben – das sind rund 20 Milliarden Euro jährlich – kommen mit der SPD nicht in die Tüte.

Wir Sozialdemokrat*innen überzeugen, weil wir Deutschland nicht alt aussehen lassen werden:

- weder seine Schienen,
- seine Kommunikationsnetze,
- seine Straßen,
- noch seine Infrastruktur
- und dass alles ohne Privatisierung von Volkseigentum. Die Autobahnen bleiben unsere!

Die guten Steuereinnahmen werden wir in das Gemeinwohl investieren, also in eine Infrastruktur, von der auch alle profitieren. Ich will keine Steuersenkungen. Warum Reiche reicher machen? Der Steuerüberschuss ist von allen erarbeitet worden – deshalb sollen auch alle davon profitieren.

Der von uns gewollte starke Staat investiert beispielsweise in:

- **eine Familienarbeitszeit, die Eltern von kleinen Kindern** bei Reduzierung ihrer Arbeitszeit auf vollzeitnahe Tätigkeit - 26 bis 36 Stunden - zwei Jahre lang ein Familiengeld von zusammen 300 Euro gibt. Das entspricht dem Wunsch der jungen Menschen nach Partnerschaftlichkeit und trägt zur beruflichen Gleichstellung der Frauen bei. Die Union will das nicht. Wir sagen: Die so investierten 2,5 Milliarden Euro jährlich sind gut investiertes Geld.
- Eine ähnliche Regelung soll auch **Angehörige entlasten, die sich um Pflegefälle** in der Familie kümmern. Sind pflegebedürftige Menschen in der Familie, führt dieses zu massivem Druck durch eine Doppelt- oder Dreifachbelastung". Auch hier sind Frauen diejenigen, die überwiegend diese Fürsorgearbeit leisten. Oft zum Preis der eigenen Gesundheit oder der sozialen Absicherung durch Erwerbsarbeit und eine auskömmliche Rente. Damit muss Schluss sein. In einem starken Staat gilt: Nicht die Familie wird arbeitsfreundlicher, sondern die Arbeitswelt familienfreundlicher.

Und eine **gemeinwohlorientierte Infrastruktur** entlastet die mittleren und unteren Einkommen ganz konkret: durch die Abschaffung von Kitagebühren oder die Rückkehr zur gleichen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, durch höhere Steuerzuschüsse in die Sozialversicherungen, u.a. durch die Übernahme von versicherungsfremden Leistungen.

Ich bin nah bei den Menschen. Und ich rede viel mit sehr unterschiedlichen Menschen, mit alt und jung, mit Frauen und Männern. In erster Linie werden mir nicht Ängste vor Einbruch, um die eigene Sicherheit im öffentlichen Raum oder gar Ängste vor Terrorismus mitgeteilt.

Vorrangig beziehen sich ihre Ängste auf die Fragen:

1. Kann ich zusammen mit meiner Familie in meiner Wohnung bleiben?
2. Bin ich vor den Risiken, die das Leben in seinem Verlauf bieten kann, durch den Staat gesichert? Was ist bei Arbeitslosigkeit? Wie bin ich als Solo-Selbständige*r abgesichert? Werde ich eine gerechte Rente erhalten?

Und für diese Ängste und Fragen haben wir überzeugende Reformperspektiven

1. Bezahlbarer Wohnraum gerade auch bei mittlerem und niedrigerem Einkommen

Wir verbessern die Mietpreisbremse durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter, durch eine Begrenzung der Mieterhöhung nach einer Modernisierung, durch die Anpassung des Wohngeldes, durch den Neubau von Sozialwohnungen. Wir schlagen ein ganzes Maßnahmenbündel vor.

Mein politischer Konkurrent in Tempelhof-Schöneberg, Jan-Marco Luczak von der CDU, brüstet sich öffentlich damit, dass er die vorgelegten Gesetze von Bundesminister Heiko Maas entschärft hat.

Liebe Genoss*innen,

ich will Jan-Marco Luczak die rote Karte zeigen – und das nicht nur aus politischen Gründen. Ich finde es einfach schändlich, sich auch noch damit zu brüsten, dass Menschen eine überhöhte Miete zahlen müssen, dass sie ihr Zuhause verlieren. Ein großer Teil der genannten Maßnahmen könnten schon längst Gesetz sein, wenn er dieses im Rechtsausschuss nicht persönlich verhindert hätte. Dass eine solch unsoziale Haltung unsere Gesellschaft dominiert – dürfen wir nicht zulassen. Da kämpfen wir doch gegen an!

2. Geschlechterdemokratie

Mein roter Lebensfaden in allen beruflichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Lebensbereichen und -stationen ist die Frauen-, Gleichstellungs- und Genderpolitik. Nur mit einem dezidiert „weiblichen Blick“ ist die sozialdemokratisch geprägte „Zeit für mehr Gerechtigkeit“, ist der Abbau alter und neuer sozialer Ungleichheiten zu erreichen.

Wir wollen eine Gesellschaft der Vielfalt und Inklusion. Diskriminierung wegen des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Identität, Abstammung, Herkunft oder Religion ist für mich nicht hinnehmbar.

Rechtspopulismus und Rassismus sind eine Gefahr für die Demokratie, die Freiheit und die Frauenrechte. Wir lassen uns weder Frauen- und Menschenrechte noch Frieden und Freiheit In Deutschland, Europa oder weltweit zunichtemachen!

Frei von Gewalt leben zu können, ist für uns Frauen elementar. Am Erfolg der beschlossenen Sexualstrafrechtsreform - „Nein heißt Nein“ hatte ich durchaus einen großen Anteil. Deutschland hat nun die völkerrechtlich verbindliche Istanbul-Konvention ratifiziert. Das Hilfesystem zum Schutz von Gewalt betroffener (geflüchteter) Frauen und Kinder ist auszubauen.

Ich bin sicher: Viele Fraueninitiativen und -organisationen haben wir an unserer Seite, wenn wir deutlich machen: Wir sind parteisch für Frauen!

In der kommenden Legislatur will ich mich stark machen für eine diskriminierungsfreie reproduktive Medizin, für eine Fortpflanzungsmedizin, die den Frauen in der Vielfalt gerecht wird.

Ich kämpfe für eine lebenslauforientierte Gleichstellungspolitik:

- für vielfältigere Chancen zu mehr Partnerschaftlichkeit durch eine soziale Infrastruktur für die Vereinbarkeit (Kindererziehung, Pflege, Weiterbildung) bzw. Arbeitszeitverkürzung und mehr Unterstützung der Pluralität von Familienformen, insbesondere mehr Unterstützung für Alleinerziehende,
- für Bildungsgerechtigkeit und eine eigenständige auskömmliche Existenzsicherung für Frauen von der Ausbildung bis zur Rente; für die gleiche Wertschätzung und Bezahlung beruflicher Qualifikationen und Kompetenzen, für ein Rückkehrrecht von Teilzeit zur vorherigen Arbeitszeit, kurz für die Schließung des gender pay und gender pension gap, für eine präventive Armutsbekämpfung,
- für Sozialversicherungen, die mehr finanzielle Gerechtigkeit und Sicherheit für alle u.a. durch die solidarische Bürger*innenversicherung, durch die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung (Solidarrente, Neutarifierung des „Drei-Säulen-Modells“) und für eine geschlechtergerechte Steuer- und Finanzpolitik, die Fehlanreize (Ehegattensplitting, Minijobs) für eine Erwerbsunterbrechung abschafft.
- für eine gerechte Chancenverteilung: Unbezahlte wie auch bezahlte Fürsorgearbeit ist ungerecht verteilt, bewertet und entlohnt. Wir müssen Erwerbs- und Sorgearbeit paritätisch gemeinsam neu gestalten. Ich will mehr tarifvertragliche Strukturen für die zumeist von Frauen erbrachten personenorientierten Dienstleistungstätigkeiten, will einen allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag für die Care-Berufe. Gesundheits- und Pflegeberufe sind als Profession zu stärken. Die soziale und politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist umzusetzen.

3. Gesundheitswesen

Auch das Gesundheitswesen ist diskriminierungsfrei für alle zu gestalten, Zugangsbarrieren für Migrant*innen, Geflüchtete und LGBTTI* sind abzubauen.

Ich kämpfe für eine Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege.

Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.

Auch Beamte sollen in die Bürgerversicherung können - und auch wir Abgeordnete. Wir wollen andere Einkommensarten verbeitragen. Wir wollen die Einführung der Bürgerversicherung mit konkreten Leistungsverbesserungen verbinden. Die Finanzierung der Bürgerversicherung muss gerecht sein. Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Wir wollen Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen entlasten.

Wir schaffen eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte. Wir wollen Schluss machen mit der Bevorzugung von Privatpatientinnen und -patienten. Es zählt die Erkrankung und nicht die Versicherungskarte.

Wir wollen unser Versprechen, dass jede und jeder den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung und medizinischem Fortschritt hat, einlösen. Wir brauchen endlich Barrierefreiheit im Gesundheitswesen.

Stärken müssen wir auch die Prävention und Rehabilitation.

4. Pflege

Die meisten von uns werden nur Patientin bzw. Pflegebedürftige sein, nicht Mediziner*in und nicht Pflegefachkraft.

Pflege darf nicht zur Verarmung führen, die Pflegeversicherung muss dies stärker verhindern helfen.

Es ist notwendig, dass wir verbindliche Personalstandards umsetzen. Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal überall ein - in Krankenhäusern und in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen.

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Eine gute und sichere Versorgung für Patient*innen gibt es nur mit ausreichend Personal.

Gut ausgebildetes und in ausreichender Zahl verfügbares Fachpersonal ist die Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung der Versorgungsqualität sowie die Sicherstellung ausreichender Versorgungsangebote auch in ländlichen Regionen. Wir werden die Gesundheitsfachberufe deshalb weiterentwickeln, durch akademische Ausbildungsangebote ergänzen und durch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben im Rahmen von Delegation und Substitution attraktiver zu gestalten. Die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen muss kostenfrei sein.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird schnell ansteigen. Ich verspreche: Sowohl für Sie als auch für ihre pflegenden Angehörige und für die Beschäftigten in der Pflege stehen im Mittelpunkt meiner Arbeit. Darauf können Sie sich verlassen.

Wahlkampf:

Ich spreche mich für einen zielgruppenorientierten Wahlkampf aus.

- Warum nicht gezielt Auszubildende und Beschäftigte in den vielen Bereichen des Gesundheitswesens und der Pflege ansprechen?
- Warum nicht gezielt Frauen ab 50 ansprechen, für die das Thema Rente ein zum Teil sehr besorgniserregendes ist?

Ich will eine Kampagne für die Beschäftigten in der Pflege. Ihre Arbeitsbedingungen sind belastend: Ich setze mich ein für wirksame Personalstandards. Ich setze mich ein für mehr Qualität in der Pflege -damit beruflich Pflegenden auch ihr Leben lang in der Pflege bleiben, und diese nicht wie jetzt schon nach wenigen Jahren verlassen. Pflege ist ein Zukunftsberuf.

Für alles gilt aber: Packen wir es an! Der Wahlkampf beginnt JETZT!